

„Für mich ist Dialog kein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Stärke. Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg, und wir wollen Russland auch nicht isolieren.“

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zum geplanten Treffen Putin - Trump



„Ich sehe das Treffen von Trump und Putin als historische Chance zur Verbesserung der angeschlagenen bilateralen Beziehungen.“

Michail Gorbatschow, Exsowjetchef und Friedensnobelpreisträger

MINDERHEITEN IN EUROPA

Neuer Leiter am Sorbischen Institut

BUDYŠIN/BAUTZEN (SN). Das Kuratorium des Sorbischen Instituts hat den Slawisten und Germanisten Dr. Hauke Bartels zum neuen Leiter der Institution bestellt, der diese Funktion zuletzt kommissarisch als Nachfolger von Prof. Dr. Dietrich Scholze ausgeübt hatte. In den kommenden 5 Jahren soll er die Umstrukturierung des Instituts fortführen. Dieses ist eine Einrichtung der Länder Sachsen und Brandenburg.



Hauke Bartels SN/Matthias Bulang

Prozess gegen Journalisten Yücel: Richter lehnt Freispruch ab

ISTANBUL (APA/dpa). Am ersten Tag des Prozesses gegen den deutsch-türkischen „Welt“-Journalisten Deniz Yücel in der Türkei hat der Richter einen Freispruch des Angeklagten abgelehnt.



Deniz Yücel (44) APA/afp

Die Bedingungen dafür seien unter anderem „wegen der Schwere der Anklage nicht gegeben“, sagte er im Gericht im Istanbuler Stadtviertel Caglayan. Außerdem müssten erst noch Beweise geprüft werden.

Der Richter forderte eine „schriftliche Aussage“ von Yücel. Eine Videoaussage wie von Yücel's Anwalt Veysel Ok vorgeschlagen wollte er nicht akzeptieren. Das Gericht vertagte sich nach einer knappen Dreiviertelstunde Verhandlungsdauer auf den 20. Dezember.

Yücel nimmt an dem Prozess nicht teil. Er war im Februar nach einjähriger Untersuchungshaft entlassen worden

den und ausgereist. Der Journalist hatte sich im Februar 2017 der türkischen Polizei gestellt und war daraufhin 367 Tage ohne Anklage inhaftiert worden.

Die türkische Staatsanwaltschaft hat dann Anklage gegen Yücel erhoben - wegen angeblicher Terrorpropaganda - und bis zu 18 Jahre Haft für ihn gefordert.

„Weder fair noch frei, aber ...“

STRASSBURG. Mit anderen Delegationsmitgliedern hat er dem Europarat über die gemeinsame Wahlbeobachtungs-Mission in der Türkei Bericht erstattet: Florian Kronbichler. Dabei wurden die Erkenntnisse über die erfolgte Präsidentschafts- und Parlamentswahl vom vergange-

nen Sonntag zusammengefasst auf die Formel: „Nicht fair und nicht frei.“ Das Urteil sei hart, er habe sich in der Diskussion aber verwehrt gegen das verallgemeinernde Urteil, die Türkei unter ihrem autokratischen Präsident Erdogan sei keine Demokratie, betonte Kronbichler.

Trump und Putin treffen einander am 16. Juli in Helsinki

DIPLOMATIE: Termin gleichzeitig in Washington und in Berlin bekanntgegeben

MOSKAU/WASHINGTON/HELSINKI (APA/dpa). Nun ist es offiziell: Das Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und seinem russischen Pendant Wladimir Putin wird in Helsinki stattfinden. Das gaben am Donnerstag der Kreml und das Weiße Haus gleichzeitig bekannt. Termin ist der 16. Juli.

Die Ankündigung folgt auf den Besuch von US-Sicherheitsberater John Bolton bei Putin am Mittwoch in Moskau. Der Gipfel habe eine enorme Bedeutung für Russland, die USA und die internationale Gesamtlage, hatte Putins außenpolitischer Berater Juri Uschakow nach dem Treffen mit Bolton gesagt. „Ich denke, das wird das wichtigste internationale Ereignis dieses Sommers.“

In Helsinki hatte es bereits 1990, noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, ein Gipfeltreffen des damaligen US-Präsidenten George H. W. Bush mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow gegeben. Damals ging es um die explosive Lage im Golf-Konflikt.

Im Mittelpunkt sollen diesmal nach Kreml- und US-Angaben die bilateralen Beziehungen, Syrien, die Ukraine und Rüstungskontrolle stehen. Das Treffen soll mittags beginnen. Zum Abschluss ist eine gemeinsame Pressekonferenz möglich. Es kann zudem sein, dass die Präsidenten eine gemeinsame Erklärung verabschieden, wie sie die Beziehungen verbessern wollen. Vor dem Gipfel sei ein Treffen der Außenminister Sergej Lawrow und Mike Pompeo notwendig, hieß es aus Moskau.

Trump und Putin hatten ein-



Was sie sich wohl zu sagen haben? Kremlchef Wladimir Putin (oben) und US-Präsident Donald Trump (unten) treffen in Helsinki aufeinander.

APA/afp/ODD ANDERSEN, JIM WATSON

ander zum ersten Mal für ein Gespräch beim G20-Gipfel im vergangenen Juli in Hamburg getroffen. Danach gab es eine kurze Begegnung beim Treffen der Gruppe asiatischer und pazifischer Staaten (Apec) im November 2017 in Vietnam. Seit Trumps Amtseinführung Anfang 2017 war mehrfach über bilaterale Verhandlungen der beiden Präsidenten spekuliert worden, doch es wurde nie so konkret wie nun.

Ein Grund für die langwierigen Planungen eines Treffens dürfte das schlechte Verhältnis der beiden größten Atomkräfte und UN-Veto-Staaten sein. Die US-Justiz ermittelt wegen der mutmaßlichen russischen Einmischung in den Wahlkampf 2016, ebenso wegen der Kontakte von Trumps Wahlkampfteam zu Vertretern Moskaus. Im Syrien-Krieg stehen die Mächte auf unterschiedlichen Seiten. Das System der nuklearen Rüstungs-

kontrolle ist gefährdet. Auch der Ukraine-Konflikt und Russlands Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 belasten die Beziehungen.

Putin hoffte im Gespräch mit Bolton auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und den USA. Auch die Zeitung „Iswestija“ schrieb von „neuer Hoffnung“, auch wenn kein Durchbruch erwartet werden könne.

Auch Bolton sagte, er rechne nicht mit konkreten Ergebnissen. Doch betonte er, dass Washington und Moskau auch schon früher in schwierigen Zeiten Kontakt gehalten hätten. Trump wolle an dieser Tradition festhalten.

Kurz vor der Bekanntgabe hatte Trump auf Twitter geschrieben, dass Russland sage, keinen Einfluss auf die Präsidentschaftswahl genommen zu haben. Er nutzte das, um erneut eine Ermittlung gegen seine damalige Konkurrentin Hillary Clinton zu fordern.

Die Russland-Politik Washingtons ist von Widersprüchen geprägt. Die Regierung hat mehrfach Sanktionen gegen Moskau verhängt und auch Diplomaten ausgewiesen. Das Außenministerium übt immer wieder scharfe Kritik am Kreml.

Aber Trump ist keine treibende Kraft hinter diesen Schritten. Von deutlichen Worten gegen Putin sieht er ab. Für einen Eklat sorgte er, als er zum G7-Gipfel großer Industriestaaten Anfang Juni dafür plädierte, Russland wieder in die Gruppe aufzunehmen. Das Land war 2014 wegen der Annexion der Krim aus der damaligen G8 ausgeschlossen worden. Die oppositionellen Demokraten werfen Trump eine zu große Nähe zu Putin vor.

Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Österreich am Lenkrad der EU

EU-VORSITZ: Alpenrepublik übernimmt mit Juli für ein Halbjahr die Koordinierung – „Ein Europa, das schützt“

WIEN/BRÜSSEL Österreich übernimmt - nach 1998 und 2006 - zum dritten Mal den EU-Vorsitz. Damit trägt Wien nicht nur europäische Verantwortung, sondern sitzt auch im Schaufenster der EU-Politik.



Außenministerin Karin Kneissl: Österreich will sich für eine Überwindung der Spaltungen in der EU einsetzen. APA/Mahmoud Ashraf

Wie bei den ersten beiden österreichischen Präsidentschaften spielt auch dieses Mal wieder die Verhandlung des neuen 7-jährigen EU-Finanzrahmens eine zentrale Rolle. Zweitens ist das Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich auszuverhandeln und auch eine politische Einigung darüber zu erreichen, wie das Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien in Zukunft aussehen soll. Die EU steht, drittens, unter Druck, die laufenden Gesetzgebungsvorhaben voranzutreiben, schließlich ist die österreichische Präsidentschaft die letzte, die nicht bereits im Schatten der nächsten EU-Wahlen steht.

Während der jüngste Vorsitz Österreichs unter das Motto „Ein Europa, das bewegt“ gestellt wurde, sendet der neue Vorsitz

diese Botschaft: „Ein Europa, das schützt“:

- Schutz vor „illegaler Migration“ (Grenzschutz, Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten)
- Sicherung des Wohlstandes und der Wettbewerbsfähigkeit (Ausbau der Digitalisierung, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen)
- Stabilisierung der Nachbarschaft (Konkretisierung der Beitrittsperspektive von Montenegro, Albanien, Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien).

Soweit jedenfalls die Zielsetzung.

In der Realität muss der EU-Ratsvorsitz folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Dienstleister und Veranstalter: Der Vorsitz dient der EU-Staatengemeinschaft, um eine erfolgreiche Abwicklung der EU-Agenden zu ermöglichen. Neben Veranstaltungen in Brüssel werden alleine in Österreich 300 Veranstaltungen stattfinden. Die prominenteste davon ist das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs am 20. September 2018 in Salzburg. Österreich wird 13 informelle Tagungen auf Ministerebene beherbergen. Be-

reits Anfang Juli treffen sich die Justiz- und Innenminister in Innsbruck.

• Sitzungsleiter und Verhandler: Einfluss nehmen kann ein Vorsitzland besonders über die Gestaltung der Tagesordnungen in zahllosen Ratsarbeitsgruppen. Gleichzeitig wird vom Vorsitz erwartet, als ehrlicher und unparteiischer Makler die Mitgliedstaaten zu einem Konsens zu führen.

• Vertretung des Rates der EU den anderen EU-Organen gegenüber: Das Vorsitzland wird zum Sprachrohr des Rates, also dem EU-Gremium, in dem sich in 9 verschiedenen Formationen die Minister treffen (die Außenminister haben einen permanenten Vorsitz). Österreich wird insbesondere mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten müssen, um wichtige Einigungen zu erzielen.

Der österreichische Vorsitz endet mit Jahresende und wird dann an Rumänien übergeben. Die nächste EU-Präsidentschaft Italiens steht 2028 an.

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg



das ist für eine geschlossene Verhandlungsführung gut.

„D“: Das Vorsitzprogramm legt auch sehr viel Betonung auf Subsidiarität – eine wichtige Neuorientierung? Toggenburg: Nein. Die EU-Kommission selbst arbeitet daran und wird bald Ergebnisse vorlegen.

„D“: Was ist denn originell an den Vorsitzplänen? Toggenburg: Ich finde es zum Beispiel sehr gut und weitsichtig, dass Österreich den jährlichen Rechtsstaatsdialog im Ministerrat dem Thema des Vertrauens in öffentliche Institutionen widmet.

„D“: Warum? Toggenburg: Dieses Thema fordert unsere Staaten und die EU gleichermaßen heraus. Der Politik und den öffentlichen Einrichtungen laufen die Zuschauer weg. Es ist ein wichtiger Schritt, diese Herausforderung zu thematisieren.

„Dolomiten“: Verspricht das knapp 70-seitige Programm der österreichischen EU-Präsidentschaft Erfolg?

Gabriel N. Toggenburg: Ein Programm ist eine Sache. Die andere ist die Realität. Präsidentschaften werden auch von unvorhergesehenen Ereignissen beeinflusst. 2006 prägten etwa die Unabhängigkeitserklärung von Montenegro, Palästina oder die Erdgas Krise die Schlagzeilen.

„D“: Eine der beiden Regierungsparteien sitzt in einer EU-feindlichen Rechtsaußenfraktion im EU-Parlament – ein Problem?

Toggenburg: Die Europaorientierung der Vorsitzregierungen von 1998 und 2006 war fundierter. Soweit es hier bereits interne Sollbruchstellen gibt, scheint es der Regierung zu gelingen, diese intern zu halten;

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz